

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 23. Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 261

Freitag, den 8. November 1918

13. Jahrgang

### In München die bayerische Republik erklärt! Rücktritt der Reichsregierung in Sicht.

Ein Ultimatum der Sozialdemokraten. Störung der Verbindungen mit Berlin. — Einmarsch bayerischer Truppen in Tirol. Durchmarsch der Armee Mackensen durch Ungarn. — Ausdehnung der Matrosenunruhen an der Wasserfront. — Der Bolschewismus.

#### Einmarsch bayerischer Truppen in Tirol.

Aus Salzburg wird vom Mittwoch berichtet: Heute nachmittag trafen hier bayerische Truppen in Stärke von etwa 2 Bataillonen ein, die ihre Fahrt ins Gebirge fortsetzen wollten. Die Feldtransportleitung verweigerte die Weiterbeförderung. Hierauf begab sich ein bayerischer Offizier zu dem Militärstationenkommandanten und forderte die Freigabe der Schienenwege. Der Militärstationenkommandant verweigerte dies und legte, als der Offizier auf seinem Verlangen beharrte, gegen den Durchzug bayerischer Truppen Protest ein. Auch der Nationalrat legte schriftliche Verwahrung gegen den Durchzug bayerischer Truppen ein. Die Bayern setzten sodann die Fahrt in der Richtung Schwarzach—St. Veit fort. (Schwarzach und St. Veit liegen von Salzburg in südlicher Richtung. Red.)

Die „Innsbrucker Nachrichten“ brachten am Mittwoch folgende Meldung:

Das bayerische Kriegsministerium in München hat dem Präsidenten des Tiroler Nationalrats am 5. November 1/11 Uhr nachts folgende Depesche übermittelt: Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Österreich und der Entente zwingen uns, zur Sicherung unserer Landesgrenze Truppen nach Nordtirol zu schicken. Gleichzeitig sollen diese Truppen mitwirken, um den Abzug aufgelöster Teile des österreichischen Heeres nach Osten zu ordnen und das Land vor Zuchtlosigkeit zu schützen. Unsere Vorhut überstreifen am 5. November die Grenze und starke Kräfte werden folgen. Wir kommen als Freunde und erwarten, daß uns bei unseren Bewegungen keine Hindernisse von Seiten des deutsch-österreichischen Nationalrates und der österreichischen Kommandogendarmen in den Weg gelegt werden. Sollte das trotzdem der Fall sein, so sind unsere Truppen angewiesen, sich mit Waffengewalt den Weg zu bahnen. Der kommandierende General Krafft von Delmensingen.

Das Blatt fügt noch hinzu: Der Waffenstillstand mit der Entente ist geschlossen und der deutsch-österreichische Nationalrat hat ihn mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Die Bedingungen sind in der Durchführung begriffen. Innsbruck hat danach bereits gehandelt, die Bevölkerung wird mit Rücksicht auf die bereits eingetretenen schlimmen Ereignisse in diesen Orten Tirols das Erscheinen deutscher Ordnungsmannschaften im Interesse des Landes und der heranrückenden Soldaten, die selbst, gleichviel welcher Nation sie angehören mögen, unter der Unordnung schwer leiden, nur begrüßen.

#### Der bayerische Kriegsminister über den Einmarsch.

Aus München wird von gestern (Donnerstag) gemeldet: In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses gab Kriegsminister von Helldingrath ein Bild über die militärische Lage. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß infolge der Auslieferung der österreichischen Bahnen an die Entente der Schutz der Ost- und Südgrenze Bayerns dringend notwendig geworden ist. Deutsche und bayerische Truppen sind an der Tauernbahn und am Brenner angelangt und haben unter dem Kommando des Generals Krafft von Delmensingen bereits Fortschritte an den Bahnanlagen vorgenommen. Im Osten sind ebenfalls Truppenkommandos aufgestellt, doch wird ein Eindringen der Tschechen in deutsches Reichsgebiet als unwahrscheinlich angesehen. Die Westfront kann noch längere Zeit ungeschwächt gehalten werden.

Die Stimmung der Truppen ist zufriedenstellend. Zur Sicherung von Vorräten und Vorräten sind an der Ostfront noch Truppen zurückgehalten.

Die Abgeordneten Dr. von Pichler, Heiß und Dr. Schlittendauer (Str.) gaben Anregungen zu einem genauen Grenzschutz und traten warm für die Beibehaltung des Anschlusses an das Deutsche Reich ein. Die Abgeordneten Dr. Gantner, Dr. Hammer-Schmidt und Dr. Dier (Liberal) schlossen sich dem an und verwiesen auf die Schädigungen, die den Bundesstaaten durch die Auflösung vom Reich in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung entstehen würden. Abg. Regis (Soz.) mahnte zur größten Mäßigkeit angesichts des bevorstehenden Waffenstillstandes mit der Entente. Ein neuer Krieg dürfte durch die Befreiung Tirols nicht herausbeschworen werden.

Der Kriegsminister stellte zum Schluß in Aussicht, alles zu tun, was die Stunde erfordert.

#### Einpruch der Wiener Regierung.

Das deutsch-österreichische Armeekommando hat gegen den Durchmarsch der deutschen Truppen durch Tirol und andere österreichische Gebiete bei der deutschen Heeresleitung Protest erhoben. Das österreichisch-ungarische Ministerium des Innern hat gegen diesen Schritt, der ihm vorher nicht bekannt gegeben worden ist, gleichfalls Einpruch erhoben. In der Erklärung heißt es: „Die deutsche Regierung hat durch diese Aktion eine schwere Verantwortung auf sich geladen, da ja dadurch der von uns mit der Entente geschlossene Waffenstillstand gefährdet werden könnte. Es ist Oesterreich-Ungarn unter den gegenwärtigen Umständen materiell nicht möglich, die Deutschen von der Durchföhrung ihrer Wilscht abzuhalten.“

#### Wahigere Beurteilung in Wien.

Die Nachrichten über den Einmarsch bayerischer Truppen in Nordtirol erregten in der gestrigen Sitzung des Staatsrates in Wien außerordentliches Aufsehen, bevor aber der Staatsrat noch über eine Stellungnahme zu diesen neuen Ereignissen schlüssig werden konnte, langte die amtliche Berliner Meldung ein, welche besagt, daß die Delegierten der Obersten Heeresleitung zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen abgereist seien. Nach der Auffassung im Staatsrat nahmen diese letzten Meldungen den Nachrichten aus Tirol ihre große Bedeutung und führten zu einer wesentlich ruhigeren Beurteilung der Lage. Im allgemeinen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Ereignisse in Nordtirol sich ohne große Reibungen abspielen und daß ihre Entwicklung durch die jetzt im Gange befindlichen Waffenstillstandsverhandlungen Deutschlands mit der Entente einen raschen Abschluß finden werden.

#### Lebensmittelknappheit in Reichsberg.

Aus Reichsberg i. B. wird von gestern gemeldet: Die Lageräume der hiesigen Bergstellen waren gestern der Schaulplatz bedauerlicher Vorkommnisse. In der ersten Nachmittagsstunde schwoh die Menschenmenge, die vor den Speichern Posten gefaßt hatte, immer mehr an, strebte in die Lageräume und eignete sich dort Waren an. Die Wachmannschaften und die Jugendwehr waren gegen die Menge machtlos. Abgegebenes Schrottschloß und die Wasserbehandlung der Menge durch die Feuerwehre vermochte die Lage nicht zu ändern. Die Eindringenden, die immer mehr Verstärkungen erhielten, nahmen fort, was sie gerade sahen. In den Abendstunden wurde auch das Wehmagazin bei der Bäckerei des Kriegsgefangenenlagers zum großen Teil ausgeplündert. Weitere Ausschreitungen konnten hintangehalten werden. Der Wert der von den Bergungslagern fortgeschleppten Waren läßt sich auf einige Millionen beziffern.

#### Überwacht von Rumänen besetzt.

Aus Craiova wird gemeldet, daß Überwacht von rumänischen Truppen besetzt wurde.

#### Die Italiener in Libanien.

Neues meldet: Die Italiener haben am 4. November Dufleigns in Libanien und den Hafen von Antibar besetzt.

#### Deutsch-Österreichische Vertretung in Berlin.

Als Gesandter des deutsch-österreichischen Staatsrates ist, wie verlautet, der frühere Justizminister Dr. Franz Klein in Aussicht genommen. Abgeordneter Rudolf von Wastitzki begibt sich nächste Woche als Gesandter des neuen ukrainischen (ruthenischen) Staatsrats nach Berlin. Dr. Franz Klein ist auch in Deutschland als einer der bedeutendsten österreichischen Juristen bekannt.

#### Das Schicksal der Armee Mackensen.

Die ungarische Regierung hat eine Kommission nach Belgrad geschickt, um mit dem französischen Oberbefehlshaber über die Waffenstillstandsbedingungen zu verhandeln. Die Verhandlungen scheinen sich schwierig zu gestalten. Die Hauptschwierigkeit scheint in der Frage des Durchmarsches der Armee Mackensen zu bestehen. Die deutsche Regierung hat den freien Durchmarsch der Armee Mackensen verlangt und den Wunsch geäußert, daß die ungarische Regierung die hierfür nötigen Transportmittel zur Verfügung stellt. Demgegenüber vertritt die ungarische Regierung den Standpunkt, daß sie als neutraler Staat den Durchmarsch von bewaffneten Truppen nicht gestatten könne. Im Verlauf der Verhandlungen wurde von Ungarn schließlich zugestanden, daß die deutschen Truppen innerhalb 14 Tagen, vom 8. November nachmittags 8 Uhr an gerechnet, nach Niederlegung der Waffen das ungarische Gebiet verlassen könnten und die Waffen nachgeschickt würden. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und ungarischen Regierung wurden jedoch durch eine vorgestern Nacht eingetroffene Meldung aus dem Belgrader Hauptquartier der Entente hinfällig gemacht. Die Entente verlangt den unbedingten Abzug der Armee Mackensen innerhalb 14 Tagen und fordert, daß diejenigen deutschen Truppen, die innerhalb dieser Frist das österreichische Gebiet nicht verlassen haben, als Gefangene zu betrachten seien. Die Nachschickung der Waffen will sie gleichfalls nicht gestatten. Die ungarische Regierung hat diese Meldung der deutschen Regierung weitergegeben und erklärt, daß sie sich den Vorschriften der Entente fügen müsse. In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Armee Mackensen sich gewalttätig am Durchmarsch durch Ungarn erzwingen werde. In diesem Falle wird darauf hingewiesen, daß der ungarische Staat über keine eigene Armee mehr verfügt und sich gegen den Durchmarsch Mackensens nur durch Protest schützen könne.

#### Allgemeine Stimmung in Oesterreich.

Eine Wiener Verlautbarung besagt, daß die allgemeine Stimmung infolge des Waffenstillstandes bevorsteht. Die gesamte Mannschafft, die nicht den Dienst für den deutsch-österreichischen Staat weiterversteht, wird entwaffnet. Der Unterstaatssekretär des Reichswesens Deutsch erklärte, die Befürchtung, daß illegales Militär die öffentliche Sicherheit gefährden könnte, bestehe nicht mehr.

#### Ständekongress in Wien.

Wie die Basler „Nationalzeitung“ berichtet, besteht die Entente darauf, daß in Deutsch-Oesterreich nach Friedensschluß eine Volksabstimmung darüber vorgenommen werden soll, ob das Land Monarchie bleiben soll, oder eine Republik werden muß. Wie dahin betrachtet die Entente Kaiser Karl als rechtmäßigen Vertreter Deutsch-Oesterreichs. Die „Nationalzeitung“ bemerkt dazu: Dies ist vom Ententehandpunkt aus taktisch klug, da Kaiser Karl Gewähr dafür bietet, daß Deutsch-Oesterreich sich nicht an Deutschland anschließt. In Wien erwartet man demnach den Einzug der Entente. Man hofft, daß nicht italienische, sondern französische und englische Truppen einrücken. Von der Befreiung Wiens durch die Entente erhofft man die Abwendung bolschewistischer Unruhen. In Prag und Graz ist bereits eine Abordnung aulter Offiziere eingetroffen.

#### Die Stimmung in Bessarabien.

Der Bessarabier „Bund“ meldet: Bessarabien befindet sich noch wie vor in gewaltiger Erregung. Sowjet-

Waffenstillstand durchsetzen das Land und während die Lebensmittelmagazine, während der neuerschaffenen Nationalrat in Feldbach tagt. Bessarabergische Truppen, die von der Front zurückgezogen sind, drängen auf Schweizer Boden. Schweizerischerseits wurden in den letzten Tagen zwei Landsturmbataillone aufgebildet. Um der Gefahr weiterer Einfalls auf Schweizer Gebiete vorzubeugen, beschloß die Schweizer Heeresleitung die Verstärkung des Grenzsoldates.

### Zum bevorstehenden Waffenstillstand.

**Wahrungen eines englischen Ministers.**  
Bei einem Festessen der amerikanischen Journalisten in London, hielt der Staatssekretär des Aeußeren Lord Robert Cecil eine Rede, in der er sagte, was die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Deutschland betreffen, habe man es mit einem Feinde zu tun, der durch Wort und Tat gezeigt habe, daß er sich nicht um die Heiligkeit des gegebenen Wortes kümmere, und die Tatsache müsse die Alliierten dauernd in ihren Handlungen leiten. „So wie Wilson bereits gesagt habe,“ sagte Lord Cecil, „müssen wir für den Waffenstillstand Bedingungen stellen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verhindern, und beim Aufstellen der Bedingungen dürfen wir uns nicht auf die Worte deutscher Staatsmänner stützen, sondern auf genügend materielle Garantien.“ Bezüglich der Frage, was nach dem Sie zu tun sei, sagte Cecil, daß die Verantwortung nicht auf den Staatsmännern und Ministern ruhe, sondern auf den Völkern zweier großer Nationen, die heute bei diesem Festessen vertreten seien. Er unterschiebe die Aktionen der Bundesgenossen nicht, die Zukunft der Welt würde aber zum größten Teil davon abhängen, was die zwei englisch sprechenden Völker zu tun beschließen, wenn der Sieg erzielt sein werde. Auf ihnen ruhe der größte Teil der Verantwortung bei der definitiven Lösung dieses großen Weltkonfliktes.

**Ministerpräsident Clemenceau**  
äußerte sich in der französischen Kammer ähnlich. Er teilte mit, daß der Zweck der Waffenstillstandsbedingungen der sei, den Feind derartig zu entwaffnen, daß die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen können. Er sprach dann von den Aufgaben für die Zeit nach dem Kriege. Alle Alliierten, die während den Krieges in enger Wassergemeinschaft verbunden waren, wollen die Bündnis im Frieden aufrecht erhalten.“ Die Kammer spendete dem Redner stürmischen Beifall.

**Das Kriegsende.**  
Die „Londoner Times“ veröffentlicht eine Meldung aus dem Kriegsamt, daß neue Einberufungen in England bis auf weiteres nicht mehr stattfinden und daß die Regierung den Abschluß des Krieges für die letzte Novemberwoche erhofft.

Clemenceau „Homme libre“ schreibt, daß der Friede nur noch eine Frage von wenigen Wochen, vielleicht von Tagen, sei. Die Friedensbedingungen der Entente lägen bereits in höchst Hauptquartier vor. Der Friede werde ohne Annexionen und ohne Vernichtung der Lebensinteressen des großen deutschen Volkes abgeschlossen.

**Die feindlichen Entschädigungsansprüche.**  
Ententeschwerfändige schätzen den Wert der deutschen Bergwerke auf 200 Milliarden Pfund Sterling, das sind 4000 Milliarden Mark. Sie sind der Ansicht, daß auf dieser Grundlage die Leistung von Entschädigung durch Deutschland in jeder Höhe möglich sei.

**Frankreich will vergessen.**  
Der Pariser Temps meldet: In der letzten Sitzung der Versämler Kriegskonferenz hielt Clemenceau das Schlußwort. Er sprach die Hoffnung aus, daß die festgelegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen ein ferneres Zusammenarbeiten der europäischen Mächte, einschließlich der letzten Segner, herbeiführen möchten. Frankreich sei entschlossen, zu vergessen, wenn der Friede ihm Gerechtigkeit und Genugtuung bringe.

**Die französischen Sozialisten.**  
Die französische Presse beginnt in energischer Weise für die Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz und für die Einführung der Sozialisten auf die höchste Stelle der Friedens einzutreten. Populäre und Humanität erklären, daß die Sozialisten unbedingt ein Wort bei den Friedensverhandlungen, die nicht auf einen Gewaltfrieden hinauslaufen dürften, mitzusprechen müßten. Der Sozialistenverband des Seine-Departements beschloß, eine große Propagandakompagnie gegen die Kriegshetze zu unternehmen und in ganz Paris Versammlungen abzuhalten. Der Vorstand der Sozialistenpartei schloß sich dem an.

### Zur inneren Lage.

**Neue Forderungen der Sozialdemokraten.**  
An der am Mittwoch nachmittag abgehaltenen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahmen auch die Mitglieder des Parteiaussschusses teil. Es wurde, Berliner Blättern zufolge, die Erhebung folgender Forderungen beschlossen:  
1. Sofortiger Waffenstillstand.  
2. Amnestie auch für militärische Vergehen.  
3. Unverzügliche Demokratisierung der Regierung und Verwaltung auch in Preußen und allen anderen Bundesstaaten.  
Die Parteileitung wurde ferner beauftragt, dem Reichstagsrat mitzuteilen, daß Parteiaussschuß und Reichstagsfraktion die von der Parteileitung in der Kaiserfrage getroffenen Schritte billigen und die schleunigste Erfüllung dieser Forderungen verlangen.  
Wahrscheinlich handelt es sich um die Forderung der Abkündigung des Kaisers.

## Der heutige Kriegsbericht.

**(Kritisch.)** Großes Hauptquartier, 8. November.  
**Westliches Kriegsschauplatz.**  
Der Franzose, der sich nordöstlich von Oudenaarde erneut auf dem östlichen Scheldeufer festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß getrieben. Zwischen der Schelde und der Maas haben die Bewegungen in letzter Nacht plangemäß weitergeführt. Vor unseren neuen Stützpunkten entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Balenecennes-Mons an der Sambre nördlich von Wesnes und auf den Maasböden südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Segners. Der Feind stand am Abend südlich von Sabat, nördlich von Signy-l'Abbaye, bei Bois Terton und auf den Maasböden südwestlich von Sedan. Westlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Vincerville.  
**Der Erste Generalquartiermeister Groener.**

**Das neue bayerische Ministerium.**  
Das neue Ministerium in Bayern wird nach einer Vereinbarung der Parteien folgende endgültige Zusammensetzung aufweisen:  
Minister des Aeußeren und Vorsitzender im Ministerrat: v. Dandl, Minister des Innern: v. Bretschneider, Finanzen: Sped (Zentrum), Justiz: v. Caspary (Liberal), Verkehr: v. Franke (Zentrum), Kultus: v. Knilling, Minister für soziale Fürsorge: Segitz (Sozialdemokrat), Kriegsminister: v. Heilingbrunn, Minister ohne Portefeuille: v. Heilingbrunn, die Reichstagsabgeordneten Müller-Meiningen, das Zentrum Feld, die Sozialdemokraten Hoffmann (Kaiserlautern).

Die Kammer der Abgeordneten hat einstimmig den Gesetzentwurf angenommen, demzufolge ermächtigt wird, daß Abgeordnete, die in die Regierung eintreten, ihr Mandat beibehalten können. Der Kammer ist ferner folgender Gesetzentwurf zugegangen: „Strafverfahren wegen Handlungen, die während des Krieges begangen sind, können im Wege der Gnade niedergeschlagen werden. Das Gleiche gilt für Vergehen, die noch vor dem Kriege begangen sind und deren Verfahren noch nicht zu Ende geführt ist.“

**Zusammenschluß der Liberalen in Bayern.**  
In Augsburg haben die Liberalen als erste bayerische Organisation der geplanten Zusammenfassung aller Liberalen und deutschfreisinnigen Kräfte Bayerns zu einer einheitlichen Landespartei bzw. Deutschen Volkspartei einstimmig zugestimmt.

**Ministerkrise in Oldenburg?**  
Bei einer interfraktionellen Besprechung, die im Oldenburgischen Landtag stattfand, verlangte der Ausschuß einstimmig vom Minister Ruffkat, daß der Landtag von dem Minister die gleiche Verantwortung verlange, wie der Großherzog sie von ihm verlange. Der Landtag wüßte ferner drei Minister zu ernennen, der Großherzog könne zwei ernennen. Da der Minister die geforderte Erklärung nicht abgeben wollte, verließ er die Sitzung. Der Rücktritt des Kabinets ist wahrscheinlich.

**Rücktritt des Ministeriums in Weimar.**  
Das gesamte weimariische Staatsministerium demissionierte. Der Großherzog hat die Demission angenommen und betraute das Ministerium mit der Weiterführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen. Es soll dann ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet werden.

**Der Eid auf die Verfassung.**  
Wie die „Münch. N. Nachr.“ mitteilen, wurde in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei München, die sich mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigte, ein Antrag angenommen, wonach die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung verlangt wird.

**Reformen in Hessen und Braunschweig.**  
Die zweite heftige Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Artikel 15 und 16, Absatz 4 des Wahlgesetzes an, die dem Eintritt von Parlamentariern in die Regierung entgegenstehen, und eine Ergänzung des Artikels 15 der Verfassung, der den aus dem Parlamente zu nehmenden Ministern in der bisherigen Verfassung das Stimmrecht vorenthalten würde.

Nach dem Vorbilde im Reich haben sich die sozialdemokratische Partei, die Fortschrittliche Volkspartei, die Zentrumspartei und die vaterländischen (welfischen) Vereine des Herzogtums Braunschweig zu einem Ausschuß der Reichsparteien zusammengeschlossen, mit dem Ziel, sich auch im Herzogtum Braunschweig zu einer Politik des Fortschritts die Hand zu bieten.

**Das gleiche Wahlrecht für Frauen.**  
Die Bremer Bürgerchaft hat die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer beschlossen. Abgelehnt wurde das von sozialistischer Seite verlangte Wahlrecht von Frauen.

**Die nächsten Reichstagskämpfe.**  
Präsident Fehrenbach hatte für gestern alle Fraktionsvorsitzenden zu sich eingeladen. Er wird ihnen vorschlagen, die nächste Reichstagskämpfe am kommenden Mittwoch abzuhalten und neben der allgemeinen politischen Aussprache die neuen Kriegskredite und das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft zu beraten. Der Präsident rechnet mit einer Tagung von drei Sitzungen.

**Verfallungsverbot.**  
Wie verlautet, sind die Versammlungen, die von den Berliner „Unabhängigen“ für gestern aus Anlaß des Jahrestages der russischen Revolution einberufen waren, verboten worden.

**Bestrebungen auf Vereinigung der russischen Parteien.**  
Sechzehn bürgerliche Abgeordnete des Landtages von Reuß i. A. haben dem Staatsministerium eine Entschlossenung unterbreitet, die eine Anzahl Wünsche enthält, die sich auf die politische Neuordnung beziehen. U. a. wird verlangt, daß mit allen dem Landesherren und der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln eine Vereinigung der beiden Fürstentümer Reuß i. A. und Reuß a. O. herbeizuführen ist. Ebenso soll Sorge dafür getragen werden, daß in den Thüringischen Bundesstaaten die Gesetzgebung und Verwaltung durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinheitlicht und eine großzügige Grenzverbesserung in die Wege geleitet wird.

### Die Umtriebe der russischen Botschaft in Berlin.

**Der Aftenfund.**  
Wir haben bereits gestern mitgeteilt, durch welchen Zufall man die von der verflorenen russischen Botschaft in Berlin betriebene bolschewistische Agitation entdeckt hat. Von einer Sendung von für die Botschaft bestimmten Briefen wurde eine Riste bei der Ankunft am Bahnhofe beschlagnahmt. Es entfielen ihr Papiere, man forschte nach und man fand eine Menge von aufreizenden Flugblättern. Das „B. Z.“ teilt darüber mit: Es befand sich in der Riste eine Flugchrift Karl Rabels: „Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse.“ Es handelt sich dabei um eine Rede, die Rabel am 7. Oktober d. J. im Moskauer Sommetheater gehalten hat. Ein weiteres Flugblatt beschuldigt die deutsche Regierung einer schwindelhaften Friedensoffensive und beschimpft auch sonst die deutsche Regierung. Dieses Flugblatt wurde beziehungsweise gerade in den letzten Wochen in den Dairlerwerken in Stuttgart in zahlreichen Exemplaren verteilt. Ein weiteres Flugblatt: „Bittert ihr Blut und die Volksmörder“, fordert zur Ermordung aller Richter auf: es wehrt sich vor allem an die Soldaten.

Da ist es dann kein Wunder, daß mit dem Herrn Botschaftler Hoffe kurzer Prozeß gemacht wurde. Man hätte ihm aber schon von allem Anfang an schärfer auf die Finger sehen müssen. Viel Unheil wäre dadurch verhütet worden. Wir halten es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Flugblätter der Botschaft eine gewisse Mitschuld an den traurigen Ereignissen in Kiel, Hamburg und Lübeck tragen.

**Aufhebung eines neuen Bolschewistenrestes.**  
In Düsseldorf ist ein bolschewistisches Nest aufgehoben. Ein Herr Swanow und eine Frau Wolfenstein, angeblich aus Galizien, hatten eine größere Wohnung gemietet, um eine russische Telegraphenagentur zu betreiben. Es handelte sich aber zweifellos um eine Stelle für bolschewistische Propaganda. Das Nest ist von dieser Stelle ausgehoben worden. Es steht fest, daß von dieser Stelle aus die aufreizenden Flugblätter ausgegangen, die in den letzten Tagen in Essen verbreitet worden sind. Außer den beiden genannten ist noch ein Mann verhaftet worden, der mit ihnen in Verbindung stand. Da er jede Auskunft über sich verweigert, konnte seine Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden.

**Gegen die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.**  
Der Oberstkommandierende in den Marken (Berlin) Generaloberst v. Dinslingen macht bekannt: In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

**Die Hoffnung auf einen Weltbolschewismus.**  
„Nieuwe Rotterd. Cour.“ schreibt: In Moskau sieht man die Ereignisse der letzten Wochen als Vorzeichen des Weltbolschewismus an. Die Sowjetrepublik ist auf einem Trümmerhaufen entstanden und besitzt dem Auslande gegenüber keine wirkliche Macht. Wenn auf dem Trümmerhaufen der baboburgischen Monarchie und des Deutschen Reiches derartige Sowjetrepubliken entstanden, könnten diese sich wohl mit dem russischen Bolschewismus verbünden.

**Englands Vorgehen gegen den Bolschewismus.**  
Nach dem „Nieuwe Rotterd. Cour.“ schreibt „Manchester Guardian“ über die Oesterreich und der Türkei auferlegten Bedingungen, daß die Entente, wenn ihre Truppenteile die österreichisch-ungarischen und türkischen Staatsgebiete besetzen würden, sie der russischen Frage ernste Aufmerksamkeit widmen wollten, da der Bolschewismus sich über die russischen Grenzen ausbreitet und epidemisch zu werden scheint.

**Auch Holland bezieht sich mit den Bolschewisten.**  
Auch einer Moskauer drahtlosen Meldung hat, nachdem die holländische Regierung sich geweigert hat, einen Gesandten der Sowjetregierung zu empfangen, der holländische Gesandte in Moskau erklärt, daß er die russische Regierung gebeten habe, ihm einen Zug zur Heimreise zur Verfügung zu stellen. Die Sowjetregierung erblickt darin Hollands Absicht, mit ihr zu brechen.

**Der Flugblattsmuggel nach Deutschland.**  
An der Minister Demarkationslinie wurde, wie die „Altaischen Mitteilungen“ melden, ein aus Rußland kommender Waggon mit bolschewistischen Flugblättern bei dem Versuch, heimlich über die Grenze zu kommen, gefaßt. Unter den Begleitern des Wagens befanden sich auch einige Verfasser der Flugblätter, die jetzt ihrer Bestrafung entgegensehen.

**Vertretung der russischen Interessen.**  
Die Wahrung der russischen Interessen in Deutschland wird voraussichtlich die schwedische Gesandtschaft übernehmen, ebenso diejenige der Deutschen in Rußland die schwedische Mission in Rußland.

# Die Matrosenunruhen.

Eine halbamtliche Erklärung.

Den Berliner Blättern ist über die Lage in Kiel folgende Erklärung zugegangen:

Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe fahren die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgeführt. Die Mannschaften der Garnison bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es erfolgt allmähliche allgemeine Abgabe der Waffen, Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung in der Zivilbevölkerung ist noch nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewalttätigen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angefaßt worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

## Festigung der Lage in Kiel.

Gestern, am fünften Tage der Bewegung ist die Lage weiter gefestigt. Mehr und mehr geht das Leben in Kiel in normale Bahnen zurück. Der Betrieb der Straßenbahnen ist wieder aufgenommen. Damit ist eine empfindliche Hemmung des öffentlichen Verkehrs beseitigt, was namentlich von der Geschäftswelt wohlthuend empfunden wird. Der Eisenbahnverkehr wird noch stillliegen. Güterzüge gehen nur in beschränkter Zahl, hauptsächlich solche, die der Beschaffung von Lebensmitteln dienen. Auf Mittwochabend hatte die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Kiel im Großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Volksversammlung angesetzt, die sehr stark besucht war. Poppe-Kiel sprach über die politische Lage und über die Ereignisse der jüngsten Zeit. Gegen 8 Uhr abends wurde eine Alarmierung der Mannschaften verhängt. Über die Ursache des Alarms waren die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Man erwartete das Einlaufen des ersten Geschwaders der Kriegskolonne und wollte ihm entgegenfahren, um die Offiziere zu entwaffnen. Im inneren Kriegshafen herrschte infolgedessen lebhafter Betrieb. Lichtsignale wurden gegeben, Scheinwerfer traten in Tätigkeit, die Matrosen wurden an Bord übernommen und erhielten die Anweisung, die Waffen klar zu halten. In der inneren Stadt erfolgte eine erhebliche Verstärkung der Posten und Sicherungen. Später wurde die Alarmbereitschaft wieder aufgehoben. Im Stadttheater verursachte die Alarmierung starke Verunruhigung. Das Publikum verließ nach ihrem Bekannwerden zum größten Teil die Vorstellung. Die Nacht verlief jedoch ohne jeden Zwischenfall. Kein Schuß störte die Ruhe der Bürgerschaft. Am gestrigen Morgen war alles still. Dankbar begrüßten die Zeitungsbetriebe eine Veröffentlichung des Soldatenrates, laut der die Zeitungsträger überall frei passieren dürfen.

## Der neue Gouverneur von Kiel.

Zum Gouverneur von Kiel und Vorstehenden des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde durch den letzteren der sozialistische Reichstagsabgeordnete G. Roske, Chemnitz, bestimmt.

## Die Lage in Hamburg.

Das Sozialistenblatt „Hamburger Echo“ wird künftig den Titel führen „Die rote Fahne“, Amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates.

Alle Zivilpersonen müssen abends um 8 Uhr die Straßen verlassen. Vor morgens 7 Uhr darf die Straße auch nicht betreten werden. Personen, die geschäftlich gezwungen sind, die Straße zu benutzen, haben sich beim Arbeiter- und Soldatenrat einen Ausweis abzuholen. Alle Zivilpersonen, die sich in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhalten, werden erschossen. Diese Maßnahme ist nötig, weil Ausschreitungen der Bevölkerung vorgekommen sind. — Die ganze Nacht zum Donnerstag wurde heftig geschossen. Der Hamburger Senat wird auch fernernhin die Verwaltung in Händen haben, das heißt, so weit man heute etwas voraussetzen kann in der Lage ist. Nur die Nahrungsmittelkontrolle dürfte der Soldatenrat selbst in die Hand nehmen. Vom Soldatenrat im Gewerkschaftshaus wird folgendes mitgeteilt: „Sämtliche Amtsgebäude und Militärgebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Veränderungen werden sofort mit Erschießen bestraft. Die Militärbehörden haben kapituliert. Patrouillen werden nachts zur Aufrechterhaltung der Ruhe die Stadt durchstreifen. Das Post- und Telegraphenamt ist nicht besetzt. Der Soldatenrat hat dieselben Forderungen gestellt wie in Kiel. Er wird an die Bevölkerung durch Anschlag einen Aufruf erlassen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.“

## Reise von Reichstagsabgeordneten nach Hamburg.

Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Blund (Fortsch. Wp.) auch die Abgeordneten Stübbe (Soz.) und Schumann von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen sollte Dr. Quark (Soz.) folgen, viellecht mittels Flugzeuges, um recht rasch an Ort und Stelle zu sein. Die Reichsbank steht noch in regelmäßiger Verbindung mit den Reichsbankstellen in Hamburg und Kiel. Weber auf die Reichsbankstelle, noch auf irgendwelche Privatbanken ist ein Angriff erfolgt.

## Die Opfer in Hamburg.

In Hamburg wurde am Dienstag schon in den frühen Morgenstunden eine Anzahl Wäden in der inneren Stadt geplündert. An den Plünderungen beteiligten sich sogar Knaben von 14 bis 15 Jahren, schnalsten sich Waffen an und zogen damit durch die Stadt. Ein großer Trupp unter Vorantritt von Marinesoldaten zog vor die Kasernen. Dort wurde sehr heftig geschossen. Dabei gab es eine Anzahl Tote. An der Spitze der Demonstrationen standen

von Kiel nach Hamburg gekommene Matrosen, die die Kasernen zur Uebergabe aufforderten. Als Antwort erfolgte Maschinengewehrfeuer. Die Matrosen schossen in die Kasernen hinein. Durch das Maschinengewehrfeuer wurden 15 Marinesoldaten getötet, auch eine Anzahl Verletzte mußte vom Plage getragen werden. Inzwischen traf von der Kommandantur der telephonische Befehl ein, die Kasernen bedingungslos zu übergeben. Es wurden eine weiße Fahne aus dem Fenster gesteckt und die Tore geöffnet, so daß die Demonstranten eintraten konnten. Es wurde dann der Oberst des Regiments, der den Befehl zum Widerstand gegeben hatte, von den Aufzählern erschossen. Die Verhandlungen mit dem Generalkommando führten zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen die in Kiel angenommen wurden, auch für Hamburg, Altona und Umgebung gültig sein.

## Kleine politische Meldungen.

Die 2. Kammer des Sächsischen Landtages übernahm gestern den Gesetzentwurf über die Gewährung von Feuerungszulagen durch die Schulgemeinden nach längerer Aussprache, in der die Redner aller Parteien ihre Zustimmung gaben, an die Reichstagsdeputation zur Durchberatung. Vor der Landtagssitzung hatte eine Sitzung des Gesamtministeriums stattgefunden.

Deutsches Feindliche Rundungen in Rumänien. Vor einigen Tagen fand in Bukarest eine deutschfeindliche Rundung statt. Mit Rücksicht auf die Gerüchte, daß im Palasthotel, wo das Oberkommando der Besatzungstruppen seinen Sitz hat, eine englische und französische Militärmission eingetroffen sei, um über den Waffenstillstand zu verhandeln, sammelte sich eine große Menschenmenge an, meist junge Leute. Als wie gewöhnlich, am Sonntag die deutsche Militärmusik vor dem Hotel zu spielen begann, schrie die Volksmenge mit der Absingung rumänischer Lieder und der Wertschätzung ein, die bald die Militärmusik überdeckte. Zufällig anwesende oder vorüberfahrende deutsche Offiziere, darunter der deutsche Festungskommandant Generalleutnant Koch wurden mit Pfeifusen empfangen. Deutsche deutsche Militärpolizei griff ein und gestreute die Menge, ohne daß es zum Waffengebrauch gekommen wäre. Den ganzen Nachmittag blieb die Hauptstraße Victoria mit deutschen Patrouillen besetzt, die jede Ansammlung von Menschen verhindern. Der Minister des Kriegswesens hat sich beim deutschen Oberkommando wegen der Vorfälle entschuldigt.

Die Wahlen in Amerika. Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse aus den Vereinigten Staaten, die ein Drittel der Stimmzahl ausmachen, machen es sicher, daß Wilson aus diesen Wahlen zum mindesten ebenso stark wie bisher hervorgeht wird. Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen sind bei den Wahlen zum Kongreß 19 Demokraten und 29 Republikaner gewählt worden.

Die Kriegskosten in Mexiko. Die amerikanischen Kriegskosten betragen sich im Monat Oktober auf 1784 840 000 Dollars, einschließlich Anleihen an die Verbündeten im Betrage von 289 100 000 Dollars. Die Gesamtkriegskosten werden auf 20 581 000 000 Dollars geschätzt.

Die Wahlen in Wilton. Ein Telegramm, welches von einer Wähler-Versammlung in Strachburg an Wilson abgefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! Die am 2. November tagende Versammlung aller sächsischen Bürger verschiedener Parteien und Berufsstände stellt sich mit Entschiedenheit auf den Boden der Selbstbestimmungsrechte der Völker, wie von Ihnen formuliert, und bittet Sie, mit Ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem selbstbestimmungsrechtlichen Volke die Ausübung dieses Rechts wirklich ermöglicht wird, weil nur dadurch ein normaler Krieg wegen Elsaß-Lothringen verhindert werden kann.

## Von Stadt und Land.

Kiel, 8. November.

### Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 6. November in Aue.

Vorsitzender: Herr Amtshauptmann Dr. Wimmer. Die Tagesordnung umfaßte 35 Gegenstände. Genehmigt wurden die Ortsgesetze über die Festsetzung des Gehalts des Bürgermeisters zu Grünhain, über die Tagelöhner und Reiseflosten der Gemeindevorstände und über die Beamten der Gemeinde Lauter, sowie über die Pensionberechtigung der Gemeindevorstände in Wildenau, die Umbezeichnung des vom Forstrevier Poppowald abgetrennten Jagengebietes Fürtz Nr. 448 für Niederschlema aus dem Gutsbezirk Poppowald in den Gemeindebezirk Niederschlema, eine Grundstücksabtrennung in Oberschlema und die Uebertragung der Erlaubnis zum Schankwirtschaftsbetriebe im Hause Nr. 87B zu Bernsbach auf den jetzigen Eigentümer. — Die Berufsmöglichkeit des Gemeindevorstands Stiebler in Wildenau wurde anerkannt. — Die Haushaltpläne für den Bezirksverband und für das Prinzess-Marien-Stift auf 1919 sollen der Bezirksversammlung zur Genehmigung empfohlen werden. Dem Prinzess-Marien-Stift wurde zur Verstärkung der Betriebsmittel ein Voranschlag bewilligt. — Zu der Herausgabe von Rotgeld-Gutscheinen im Werte von 20 Mk. und 5 Mk. wurde Zustimmung erteilt. — Von der Errichtung eines Kartoffellagerkellers beim Bahnhof Aue soll zunächst noch abgesehen werden. — Die mit der Schätzung und Nachprüfung der Betriebe, Kartoffel- und Futtermittel-Vordate beschäftigten Vertrauensleute sollen gegen Unfall versichert werden. — Von der Erwerbung der Mitgliedschaft beim Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik soll abgesehen werden. — Mit der Anstellung des Kaufmanns Bieberstein als Milchkontrollant und der Anstellung eines Milchrevisor wurde Einverständnis erklärt. — Einsehensklagen des Fremdenverkehrs werden nach den im hiesigen Bezirk gemachten Erfahrungen nicht für erforderlich gehalten. — Schließlich erfolgten noch verschiedene Kenntnisnahmen und Kommissionswahlen.

Die Verkaufsstelle der Agl. Sächs. Armees Nr. 556 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Kriegsanleihezeichnung der ersten Bürgerklasse. Die 1. Bürgerklasse zu Aue hat auf die 9. Kriegsanleihe 40000 Mark gezeichnet. Somit ist die bisherige Gesamtzeichnung auf fast 1/2 Million gestiegen.

Bedenkmittel am Sonnabend: Fleisch und Butter.

g Schaufensterbruch. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde ein Schaufenster des Kaufhauses Schöden in der Ernst Papststraße erbrochen. Es wurden daraus zahlreiche Taschennmesser entnommen. Die Diebe hatten den Schaufenster mittels Nachschlüssel geöffnet. Von verdächtigen Wahrnehmungen wollte man der hiesigen Polizei Mitteilung machen.

Der Gefangenenaustausch mit Frankreich. Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt wurde, ist der Austausch bei

mehr als 18 Monate kriegsgefangenen deutschen und französischen Geesangehörigen am 18. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Veruhigung der Angehörigen, die die Rückkehr der Ihrigen mit begrifflicher Ungeduld erwarten, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Austausch sich vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Züge mit rund 1500 deutschen kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften in Deutschland ein. Von deutscher Seite geschieht selbstverständlich alles, um den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern.

Wiederum eine Erhöhung der Eisenbahntarife! Am 1. April 1918 haben die deutschen Eisenbahnen einen Kriegszuschlag von 15 Prozent zu den Frachttarifen des Güter- und Tierverkehrs eingeführt, um wenigstens teilweise die durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben zu decken. In der Zwischenzeit ist das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Steigerung der letzteren berart gewachsen, daß die Wirtschaftlichkeit des Staatsbahnbetriebes ernstlich in Frage gestellt ist. Die deutschen Staatsbahnen sehen sich daher gezwungen, auf eine Vermehrung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife im Güter-, Tier- und Personenverkehr Bedacht zu nehmen. Bei den Personentarifen wird auf die im Freizugs-, Gepäck- und Geprehgutverkehr zur Zeit bestehenden Zuschläge Rücksicht genommen werden. Die Erhöhungen werden voraussichtlich im ersten Viertel des Jahres 1919 durchgeführt werden. Die Zuschläge werden fast durchweg hinter denen zurückbleiben, die in anderen europäischen Ländern, kriegsführenden und neutralen, dem Wirtschaftsleben auferlegt worden sind. — Wir möchten, das Reisen wäre jetzt gerade teuer genug!

Verbot der Ausfuhr von Bismar Bier aus Bismar. Der Bismar Nationalausfuhr hat die Ausfuhr von Bismar Bier verboten, damit der heimische Verbrauch gedeckt werde; außerdem, weil keine Bürgschaft dafür bestehe, daß die Waggons wieder zurückgeschickt werden.

## Geschäftliche Mitteilungen.

1. Helmsdorf-Belelitterie. Die Ziehung dieser beliebten Lotterio, die mit zahlreichen großen und mittleren Geldgewinnen ausgestattet ist, findet am 18. bis 25. November in Dresden statt. Die Gewinn-auszahlung beginnt am 4. Dezember. Diese sind zum Dreie von 3 Mk. in allen Bogenständen und durch den A. G. Invalidentank in Dresden zu beziehen.

xy Neustädter, 7. Nov. In der letzten Stadtvorbereitung wurden bewilligt einmalige Feuerungszulagen für die städtischen Ruhegehaltsempfänger in Höhe von insgesamt 1828 Mark; weiter wurde Kenntnis genommen von dem Ausfall des Herbstjahrmarktes wegen Grippeerkrankungen. Zur Zeichnung für die 9. Kriegsanleihe wurden 500 000 Mk. bewilligt; der Rat hatte 1 Million Mark beantragt. Gewählt wurde ein Ausschuß, der die Beschlüsse über etwaige Mißstände beim Lebensmittelmarkt prüfen und auf deren Beseitigung hinwirken soll.

xy Gieseler, 7. Nov. An Stelle des an das Schwenberger Gymnasium als Religionslehrer berufenen Pfarrers Friedrich wurde vom Kirchenrat der bisherige Pfarrvikar Pastor Martin Böhme einstimmig als Pfarrer hiesiger Kirchengemeinde gewählt. Die Einweihung wird am ersten Adventsonntage erfolgen.

Beipzig, 7. Nov. Da es aufgefallen war, daß ein flüchtiges Ehepaar in der Schleierstraße in Leipzig-Gutrich seit vergangener Sonntagabend im Hause nicht mehr bemerkt worden war, ließ die Polizei die Wohnung öffnen und fand deren Inhaber, einen 38-jährigen Mann, und seine 35-jährige Ehefrau als Leichen vor. Nach den angestellten Erörterungen hat die Ehefrau ihren von auswärts auf Urlaub weilenden Ehemann am Sonntagabend nach vorhergegangenem heftigen Streite mit einem Messer überfallen, auch mehrere Schüsse aus einer bei ihr aufgefundenen Browningpistole auf ihn abgegeben. Der Tod des schwerverletzten Mannes muß alsbald danach eingetreten sein. Nach den Blutspuren zu schließen, muß zunächst ein schwerer Kampf zwischen der Mörderin und ihrem Opfer stattgefunden haben. Jene hat sich noch in derselben Nacht erhängt. Tiefgehende eheliche Bismarke haben die Frau zur Mörderin an ihrem eigenen Manne werden lassen.

Dresden, 7. November. Auf dem Altmarkt fanden auch gestern mehrfach Menschenansammlungen statt, wobei auch einige Zivil- und Militärliterpersonen Ansprachen an die Volksmenge hielten. Abends trieben eine große Anzahl Kinder ihr Unwesen auf dem Plage. Zu irgendwelchen Ruhestörungen ist es jedoch nicht gekommen.

## Vermischtes.

Königliche Schlösser für Verwundete. Der Kaiser hat Befehl gegeben, eine große Anzahl königlicher Schlösser und Gebäude, die der Hofverwaltung unterstellt sind und als Lazarettzweck geeignet sind, in Lazaretts umzuwandeln, um für die Verwundeten aus den besetzten Gebieten Unterkunft zu schaffen. In Berlin sind dafür das Warstallgebäude, das Schloß Charlottenburg, in Potsdam das Schloß Marty, die Villa Hinkenstein, die ganze Westseite der Orangerie und wahrscheinlich auch Räume des Stadtschlösses in Aussicht genommen, ferner noch Hof- und Seitentrakten von Sanssouci. Auch die königlichen Schlösser in Wiesbaden, Coblenz, Braubach und Somburg sind für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt worden. Im ganzen werden etwa 5000 Schlösser und Hofgebäude der Verwundetenbetreuung dienlich gemacht.

Eine Massenplünderung durch Stürbecker. Auf dem Gute Wengrode bei Neu-Ruppin drangen Stürbecker in die Stallungen ein, schlachteten an Ort und Stelle einen Ochsen, zwei Kühe, 80 Gänse und 60 Enten ab und schafften das Fleisch und Geflügel mit einem Kraftwagen weg. Dieses ist nach den Ermittlungen in der Richtung nach Berlin abgefahren. Es gelang noch nicht, die Täter zu ermitteln.

# Letzte Drahtnachrichten. Ein Ultimatum der Sozialdemokratie Radikale Forderungen der Sozialdemokraten. Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung und Austritt der Regierung in Sicht.

Seipzig, 8. November. Das Leipziger Tageblatt meldet aus Berlin: Die Parteiführung der sozialdemokratischen Partei hat heute Donnerstag nachmittags die gesamte Lage besprochen und Herr und Scheidemann beauftragt, dem Reichskanzler folgendes zu erklären: Die sozialdemokratische Partei fordert, daß 1) die Versammlungsverbote aufgehoben werden, 2) Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden, 3) daß die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird, 4) daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsleitung verstärkt wird, 5) daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag bewirkt werden. Wird diese Aufforderung nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit. Weitere Nachrichten sollen bis Freitag nachmittag abgewartet werden. Diese Forderungen der sozialdemokratischen Partei wurden Donnerstag nachmittags 5 Uhr dem Reichskanzler Prinzen Max zugestellt. Das Leipziger Tageblatt bemerkt dazu noch: Das sozialdemokratische Ultimatum — so darf man es wohl nennen — hat, wenn es auch nicht überraschend gekommen ist, in Regierungs- und parlamentarischen Kreisen doch eine starke Bewegung ausgelöst. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter diesen Umständen das ganze Kabinett zurücktreten wird.

## Die Verbindungen mit Berlin unterbrochen.

Seipzig, 8. November. Das Leipziger Tageblatt meldet: Seit gestern Abend 1/11 Uhr ist die telegraphische und telefonische Verbindung mit Berlin unterbrochen. Auch alle übrigen Städte im Reich können Berlin nicht mehr erreichen.

# Ausrufung der Republik in Bayern. Austritt des Soldaten- und Arbeiterrates.

München, 8. November. Im Anschluß an die gestrige Massenversammlung auf der Theresienwiese kam es zu einem Kundgebung, die zur Ausrufung der Republik Bayern führte. In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat aus Bayern, zu dessen Vorsitzenden Kurt Eisner ernannt wurde. Dieser Rat erteilt an die Bevölkerung Münchens

einen Aufruf, in dem es heißt: Bayern ist jetzt ein freies Land. Die demokratische und sozialistische Republik Bayern hat die Kaiserliche Armee, die Deutschland den Frieden zu erwirken, aus dem Reichswort bewacht. Die jetzige Umwälzung der Welt, um im letzten Augenblick durch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes die Umwandlung der Zustände ohne allzu schwere Verletzungen zu erlebigen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überschreiten oder mit dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Es wird strengste Ordnung eingeführt, Sicherheit der Person und des Eigentums bewahrt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufricht erhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, dürfen unangestastet ihren Dienst versehen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Die Bauern werden sich für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln. Arbeit und Bürger Mühen heißt alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwälzung rasch, leicht und friedlich vollzieht. Es lebe die bayerische Republik, es lebe der Friede, es lebe die schaffende Arbeit!

## Die Vorgänge an der Wasserkante.

(Amtlich) Berlin, 7. November. Von zuständigen Stellen wird über die Lage in den nördlichen Provinzen mitgeteilt: Die Anrufer haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt. In Bremen wurden auf dem Marktplatz von unabhängigen Sozialisten und einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufforderten. An die Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Deckung von Zivilgefangenen an. Auf der Straße herrscht Ordnung, Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet. Für heute Abend wurde in einer Versammlung Liebesdienste als Redner erwartet. In einer Sitzung der Bürgerwehr stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen direkten Wahlrechts zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entscheidung vorbehalten haben. Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Gemäß dem Amt- und Militärgeheimnis sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Es finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post- und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt.

## Eine Mahnung zur Ruhe.

Seipzig, 8. November. Den Leipziger neuesten Nachrichten wird aus Berlin geschrieben: Durch vier Jahre hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswürdiger Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Frieden und die Aushebung der Hungersnot bevor in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungsfrage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotzation erhöht werden, und andere Erleichterungen werden folgen. Voraussetzungen dafür, wie überhaupt für die weitere Versorgung der Bevölkerung ist unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung.

Solche Mahnung bedingt die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Geschäfts- und die Industriebezirke mit unangenehmem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr durch Aufrechterhaltung der Ordnung abzuwenden.

## Vermischtes.

**Der Kinematograph als Heiratsvermittler.** Die alten Methoden der Heiratsvermittlung haben sich ein wenig überlebt. Der Bilderfilm, den die Agenten aufkauften, gab den Heiratslustigen doch nicht die richtige Vorstellung von dem Wahlbräutigam oder von der Wahlbraut, und manche bittere Enttäuschung ist wohl darauf zurückzuführen, daß das Bild, das der Vermittler angepriesen hatte, nicht genügend sprechend war. In Paris ist der Direktor eines Heiratsbureaus auf eine glänzende Idee gekommen, die die alten Methoden verkommen. Die Zeitschrift Cinema weiß nämlich zu berichten, daß dieser findige Direktor der Kinematographen in den Dienst der Heiratsvermittlung stellte. Er kurbelt den heiratslustigen Mann in allen erdenklichen Posen und ebenso die heiratslustige junge Dame naturgetreu und wirft dann ihre lebenden Bilder auf die Leinwand. So gewinnen diejenigen, die in den Stand der Ehe treten wollen, ein wirklich sprechendes Bild ihrer beziehungsweise zukünftigen und brauchen sich nicht mehr den peinlichen Zwischenfällen auszusetzen, die durch eine Ablehnung bei näherer Bekanntschaft erfolgen könnten. Sie sehen einander ja schon vorher auf der Leinwand, wie man lebt und lebt.

## Kirchennachrichten.

**St. Nikolai.**  
Sonntag, den 10. November. (24. n. Trinitatis.) Kollekte zugunsten des Roten Kreuzes. Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Rande. Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst der älteren Abteilung: Pastor Dertel. Nachm. 1/2 Uhr Jugendgottesdienst des 2. Bezirks: Pastor Dertel. Abends 6 Uhr Abendkommunion: Pastor Dertel. Abends 7/8 Uhr Jungfrauenverein. Abends 8 Uhr Singverein. — Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr Preisgebundene mit anschließender Beichte und Abendmahlsfeier. Hr. 6 des Vier Kirchenboten ist erschienen und liegt von Dienstag, den 12. Nov. in der Pfarramtsexpedition zur Abholung bereit.

## Friedenswoche.

24. Sonntag nach Dreieinigkeitt. 1/2 Uhr: Beichte. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Kollekte für das Rote Kreuz. — Mittwoch, den 13. Nov., 8 Uhr: Kriegsbefund. Beichte und Abendmahl.

## Katholische Kirche.

10. Nov.: vorm. in Vae feier Gottesdienst (wegen Eisenfest.) 8 Uhr Andacht in Vae. Mittags 8 Uhr Messe.

## Schorlau.

Sonntag, den 10. November. Kollekte für das Rote Kreuz. Vorm. 9 Uhr: Segensgottesdienst. Nachm. 1 Uhr: Abendgottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Taufgottesdienst. — Dienstag, den 12. Nov., abends 7/8 Uhr: Singverein. — Donnerstag, den 14. Nov., nachm. 1/2 Uhr: Taufgottesdienst.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt:  
Paul Seibmann. — Druck und Verlag:  
Kuerz- und Verlags-Gesellschaft m. b. H.

## Schorlau. Fällige Steuern.

Der 4. Termin Gemeindeforderungen und Wasserzins ist fällig und bis zum 15. November zu bezahlen.  
Schorlau, den 1. November 1918.  
Der Gemeindevorstand.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädte! - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Billigste Kreditgewährung.

Ihre am 4. Nov. vollzogene Vermählung zeigen an  
**Erich Wermann**  
**Gertrud Wermann**  
geb. Schmidt,  
AUE. Kömerstraße 11.

Am Donnerstag früh 4 Uhr verschied nach kurzem, schwarzem Leiden mein unvergesslicher, edler Gatte, der treuorgende Vater meines Kindes, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager  
**Guido Otto Rauh**  
in seinem 37. Lebensjahre.  
Dies zeigen in tiefster Trauer an  
**Martha verw. Rauh geb. Träger**  
nebst Sohn Willy  
und alle Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 1/2 Uhr vom Trauerhause, Schneebergstr. 70, aus statt.

Für die liebevollen Beweise beim Heimgangs meiner viel zu früh dahingegangenen lieben Tochter, der Jungfrau  
**Johanne Marie Arnold**  
sagen wir allen unseren verbindlichsten Dank. Besonderen Dank dem Bahnpersonal der Station Aue, sowie ihren Freundinnen für die aufrichtige Teilnahme.  
Dir aber, liebe Tochter, rufen wir ein „Maba Dank“ und „Ruhe samt“ in die Ewigkeit nach.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Gustav Arnold nebst allen Angehörigen.**

**Naturheilverein I. E. V.**  
Aue.  
Morgen Sonnabend, den 9. ds. Mts., abends 8 Uhr  
**Versammlung (Stadtpark)**  
Feldpacht-Rechnungen können in Empfang genommen und sofort bezahlt werden.  
Der Vorstand: A. Kühnhold.

**Panorama**  
Aue, Ernest-Papst-Str.  
Das große Wunder!  
Trotzdem d. Balkanzug nicht mehr verkehrt, bieten wir diese Woche eine Reise nach **Triest, Corfu, Konstantinopel usw.**  
Damit der Zug stets voll besetzt ist, laden wir regem Besuchs freundl. ein  
**D. Ullmann u. Frau.**

**2. Heimatdank-Geldlotterie**  
Hauptgewinn bis **100 000 Mk.**  
Prämie **75 000 Mk.**  
Gew. v. 25 000, 15 000, 2 x 10 000, 3 x 5 000, 5 x 2 000, 10 x 1 000 usw.  
Postgeld und Liste 40 Pfg., Nachnahme 30 Pfg. teuer.  
Ziehung am 18., 19., 21., 22., 23. u. 25. Nov. 1918.  
Lose je 3 Mark  
in den Loggeschäften und im **K. S. Invalidendank**  
Dresden, König-Johann-Str. 3.

Billig zu verkaufen:  
1 Sofa, runder Tisch, Regulator, Schreibsekretär, Nähmaschine, Stehlampe, 2 Kopfkissen, 2 alte Schränke u. a. m.  
**Frau Clara Garber,**  
Neustädte!

**Wollen Sie verkaufen?**  
Grundstück oder Geschäft schnell und verschwiegen  
so schreiben Sie sofort an  
**Alfred Glehler, Chemnitz,**  
Rochlitzer Str. 18/2.

**Blechbearbeitungsmaschinenbau.**  
Wir suchen zum Eintritt für den 1. Jan. 1919 für unseren Spezialbetrieb einen sachkundigen, gut empfohlenen  
**Werkmeister,**  
welcher Erfahrungen im Bau von Excenterpressen, Spindelpressen, Ziehpressen, Scheren u. s. w. besitzt und mit Lohn- und Akkordwesen vertraut, sowie befähigt ist, einer Anzahl Arbeiter vorzustehen.  
Ausführliche Angebote erbeten mit Lebenslauf, Familien- und Militärverhältnissen, Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften u. s. w. an die  
**Zwickauer Maschinenfabrik A.-G.,**  
Niederschlema.

**Gut erhalt. Halbverdecktwagen**  
mit zwei messingbeschlagenen Geschirren zu verkaufen.  
**Frantonia A.-G.,** vorm. Albert Franz,  
Wettersfeld i. Sa.

Berechnigte amtliche Haarverkaufsstelle für Kriegszwecke.  
**2 Pfg.** zahlen für ein Gramm Wirtshaar (ausgekämmte Frauenhaare)  
**Stern & Gauger,**  
Perückenfabrik- und Haargroßhandlung,  
Aue, Weitznerstraße 48, nur am Weitznerplatz.